

Beiträge zur Erreichung der Millenniumsziele verstärken – Nein zum entwicklungspolitischen Kahlschlag in Niedersachsen

Im Jahr 2000 einigten sich die Staatsoberhäupter der Welt auf die Millenniumsziele und versprachen, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um bis zum Jahr 2015 die Zahl der hungernden und in extremer Armut lebenden Menschen zu halbieren.

Außerdem soll die Ausbreitung von HIV/Aids und Malaria gestoppt, die Mütter- und Kindersterblichkeit reduziert, die Wasserversorgung sowie die Grundbildung verbessert, die Umweltzerstörung eingedämmt, mehr Geschlechtergerechtigkeit erreicht und eine globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung geschaffen werden.

Im September dieses Jahres wird auf einer Sonder-Generalversammlung der Vereinten Nationen bezüglich der Umsetzung der Millenniumsziele eine Zwischenbilanz gezogen. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass auf allen Ebenen kräftig nachgebessert werden muss, damit die Millenniumsziele tatsächlich bis zum Jahr 2015 erreicht werden können.

Die Millenniumsziele sind das herausragende Ergebnis eines von den Vereinten Nationen in den 90er Jahren vorangetriebenen politischen Prozesses zur Überwindung von Armut und Umweltzerstörung. Bereits der Entwicklungs- und Umweltgipfels 1992 in Rio hat mit der Agenda 21 die gemeinsame Verantwortung von Industrie- und Entwicklungsländern innerhalb einer neuen globalen Partnerschaft besonders hervorgehoben.

Für die Umsetzung der Beschlüsse von Rio und die Erreichung der Millenniumsziele müssen auf allen Ebenen Menschen gewonnen, informiert und motiviert werden. Es gilt, dafür Verständnis zu gewinnen, dass Globalisierung kein unabwendbares Schicksal ist sondern ein Prozess, auf den jede und jeder Einfluss nehmen kann – ein Prozess, der gestaltet werden muss.

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit soll dazu beitragen, dieser Herausforderung gerecht zu werden. Für deren Ausgestaltung und Finanzierung spielen auch die Landesregierungen und Kommunen eine wichtige Rolle. Dieser Rolle werden sie aber immer weniger gerecht. Insbesondere die CDU-geführten Landesregierungen betreiben einen entwicklungspolitischen Kahlschlag. Nach dem Regierungswechsel in Niedersachsen wurden die für diesen Bereich relevanten Auszahlungen von 1,385 Mio. Euro (2002) auf 403 000 Euro (2003) gesenkt und erreichen mittlerweile mit 167 000 Euro einen bisher nie da gewesenen Tiefstand.

Die Förderung des Verbandes Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V. (VEN), in dem mehr als 100 niedersächsische Weltläden, Institutionen und Gruppen zusammengeschlossen sind, die Nord-Süd-Projekte, -partnerschaften und entwicklungs-politisch Bildungsarbeit verwirklichen, ist von 120 000 Euro im Jahr 2003 auf 40 000 Euro im Jahr 2005 zusammengestrichen worden. Das Promotorenmodell des VEN, noch 2003 vor Regierungsantritt von der CDU mit Vehemenz gefordert, wird jetzt gnadenlos gekürzt.

Durch den Zugriff der Landesregierung auf Mittel der Lotto-Stiftung ist die weitere Finanzierung der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit in Niedersachsen stark gefährdet. Mitgliedsguppen und kirchliche Zuschussgeber können das drohende Finanzloch nicht mehr auffangen. Und auch das Rahmenabkommen zwischen Hamburg und dem Land Niedersachsen über die Norddeutsche Partnerschaft zur Unterstützung der UN-Dekade „ Bildung für nachhaltige Entwicklung 2005- 2014“ enthält weder finanzielle noch inhaltliche Verbindlichkeiten.

All dies steht in absolutem Gegensatz zur Politik der Bundesregierung, die die Mittel für entwicklungspolitische Bildungsarbeit, die heute 10 Mio. Euro ausmachen, seit 1999 mehr als verdreifacht hat.

Für Bündnis 90/Die Grünen stellen die Millenniumsziele eine entscheidende Weichenstellung für eine gerechte und ökologische Gestaltung der Globalisierung dar. Wir möchten, dass sich nicht nur die

Entwicklungs- und Außenpolitik sondern zunehmend auch die Handels- und Finanzpolitik auf allen Ebenen an der Umsetzung der Millenniumsziele ausrichten.

Verbindlicher Fahrplan zur Erreichung des 0,7 Prozent-Ziels

In der großen Hilfs- und Spendenbereitschaft anlässlich der verheerenden Flutkatastrophe in Südostasien drückt sich eine Sehnsucht nach einer neuen Weltinnenpolitik aus, nach einem solidarischen Zusammenrücken der Völker im Kampf gegen Hunger, Elend und globale Umweltzerstörung. Wir werten das große Spendenaufkommen in der deutschen Bevölkerung auch als Akzeptanz für einen größeren finanziellen Beitrag Deutschlands zu Erreichung der Millenniumsziele.

Auch aufgrund des Engagements von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Bundesregierung in diesem Jahr trotz der schwierigen Haushaltsslage die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe deutlich erhöht. Mit Erfolg haben wir uns dafür eingesetzt, dass sich Deutschland nun verpflichtet hat, bis 2010 mindestens 0,5 Prozent und bis 2015 mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens als ODA-Mittel (Official Development Assistance – Öffentliche Entwicklungshilfe) für die Erreichung der Millenniumsziele zur Verfügung zu stellen. Das ist nur zu schaffen, wenn neue Finanzierungsinstrumente wie Entgelte auf die Nutzung öffentlicher Güter (Kerosinsteuer oder Ticket-Abgabe) und die Devisenumsatzsteuer (Tobin-Tax) entwickelt werden. Auch die Bundesländer sollen dazu einen größeren Beitrag zur Erreichung der Millenniumsziele leisten.

International fair Handeln

Die Erreichung der Millenniumsziele ist aber nicht nur eine Frage des Geldes. Dringend nötig sind auch Veränderungen in den internationalen Handelsbeziehungen. Mit der Agrarwende sind wir ein gutes Stück bei der Reform der europäischen Agrarpolitik vorangekommen. Es bleibt allerdings weiterhin die Aufgabe, so schnell als möglich die Agrarexportsubventionen der EU zu beenden. Wir wollen dadurch eine doppelte Dividende erzielen. Wir schaden den Entwicklungsländern nicht mehr dadurch, dass wir hoch subventionierte Agrarüberschüsse auf deren Märkte werfen und wir unterstützen sie mit einem Teil der eingesparten Subventionen bei der Anpassung ihrer Wirtschaften.

Die Zuckermarktreform der EU wird zeigen, ob wir bereit sind, den Status quo einer überkommenen Subventionspraxis zu überwinden. Die EU-Exporterstattungen in Höhe von jährlich 1,4 Mrd. Euro sollten vollständig abgebaut werden. Die dadurch frei werdenden Gelder sollen zu einem wesentlichen Teil für die Anpassungsprozesse in den ärmsten Entwicklungsländern (LDC) sowie den AKP-Länder (Asien, Karibik, Pazifik) eingesetzt werden. Diese Länder, die bisher privilegierten Marktzugang in die EU hatten, werden durch Preissenkungen im Rahmen der Zuckermarktreform starke Einbußen erleiden. Es gilt einen Umbau ihrer Produktionsstrukturen hin zu nachhaltigen, ökologisch und sozial tragfähigen, Wirtschaften zu unterstützen.

Auch im Norden soll durch einen Umbau der Agrarpolitik eine nachhaltige Landwirtschaft besonders gefördert werden. Es führt kein Weg an einer couragierten Reform des EU-Zuckermarktes vorbei. Besonders wichtig ist es dabei, jedoch dass die Reform der Zuckermarktordnung sich in ein Konzept des ökologischen Umbaus von Landwirtschaft und Landschaftspflege einpasst.

Globale Gerechtigkeit durch fairen Handel

Nicht nur auf dem Zuckermarkt, sondern im gesamten Agrarbereich und darüber hinaus sind tief greifende Reformen notwendig, damit auch der Welthandel seinen Beitrag zur Erreichung der Millenniumsziele leisten kann. Es gilt, in allen Bereichen handelsverzerrende Subventionen abzubauen und den Ländern des Südens auch die Märkte des Nordens zu öffnen (u.a. auch durch den Abbau der Zolleskalation).

Gleichzeitig muss den Ländern des Südens aber auch das Recht zugestanden werden, sensible Bereiche ihrer Landwirtschaft und der sich im Aufbau befindenden Industrie vor Billigimporten zu schützen.

Flankierende Maßnahmen in den Ländern des Südens müssen dafür sorgen, dass ökologische und soziale Mindeststandards eingehalten werden und eine stärkere Exportorientierung weder zu Lasten der Ernährungssouveränität noch der biologischen Vielfalt und des Umweltschutzes gehen. Einnahmen aus dem Exportgeschäft dürfen nicht nur die Taschen weniger Großgrundbesitzer füllen, sondern müssen auch den Kleinbauern zu Gute kommen und zur Armutsminderung beitragen.

Wir Grünen bleiben die treibende Kraft: Wir wollen, dass sich die Bundesregierung im umfassenden Sinne für die Erreichung der Millenniumsziele und eine gerechte, ökologische und soziale Gestaltung der Globalisierung einsetzt. Eine Aufgabe, die auch des entwicklungspolitischen Engagements der Länder und Kommunen bedarf.

Entwicklungspolitische Aufgaben des Landes und der Kommunen

Deshalb fordern wir die niedersächsische Landesregierung auf, mehr für die Erreichung der Millenniumsziele zu tun und die Landesmittel für die Entwicklungszusammenarbeit zumindest wieder auf das Niveau des Jahres 2002 anzuheben. Insbesondere die wichtige entwicklungspolitische Bildungsarbeit des VEN und seiner Mitglieder sollte deutlich stärker gefördert werden – auch mit Einnahmen aus der Bingo-Lotterie.

Die zahlreichen Aktivitäten von Landkreisen, Kommunen, Schulen, Behörden, Firmen, Kirchgemeinden, Verbänden, Vereine und Gruppen im Rahmen der von der Bundesregierung angeregten Partnerschaftsinitiative mit den von der Tsunami-Flutkatastrophe betroffenen Regionen in Südostasien brauchen eine unterstützende Begleitung, damit sie nicht wie ein Strohfeuer verpuffen sondern nachhaltig sowohl dem geordneten Wiederaufbau im Katastrophengebiet als auch der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit zu Gute kommen. Hier ist nicht nur die im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung tätige „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ in Bonn gefordert. Auch die Agenda-21-Beauftragten bzw. –Büros der Kommunen sollten dazu beitragen, dass die Aktivitäten im Rahmen der Partnerschaftsinitiative auch auf längere Sicht Teil der kommunalen Nord-Süd-Arbeit werden. Leider sind in vielen niedersächsischen Landkreisen und Gemeinden im Zuge von Sparmaßnahmen Agenda-21-Büros geschlossen und Stellen von Agenda-21-Beauftragten gestrichen worden. Diesen Trend gilt es umzukehren. Wir rufen die Landkreise und Kommunen auf, die Agenda-21-Arbeit beizubehalten bzw. wieder aufzubauen und zu intensivieren. Die Landesregierung sollte die Landkreise und Gemeinden darin unterstützen, die Agenda-21-Arbeit auch mit ihrer entwicklungspolitische Komponente vor Ort zu verankern.

Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit Niedersachsens mit der südafrikanischen Partnerprovinz Eastern Cape sollte ausgebaut und auf eine breitere Basis gestellt werden. So begrüßenswert die Einbeziehung der Wirtschaft – zum Beispiel im Rahmen von PPP-Projekten (public private partnership) ist, so muss doch in Zukunft stärker darauf geachtet werden, dass auch andere gesellschaftlich relevante Kreise wie Kirchen, Gewerkschaften, Bildungseinrichtungen, Vereine und Verbände stärker an der Partnerschaft zwischen Niedersachsen und der Provinz Eastern Cape partizipieren.

Die Beschlüsse der Konferenzen von Rio und Johannesburg umzusetzen und Beiträge zur Erreichung der Millenniumsziele zu leisten, muss Querschnittsaufgabe für alle Ressorts der Landesregierung sein und sollte auch niedersächsische Stellungnahmen zur längst überfälligen Reform der europäischen Zuckermarktordnung prägen. Hier sollten nicht allein die Auswirkungen auf die niedersächsischen Rübenbauern und die hiesige Zuckerindustrie im Vordergrund stehen sondern auch die Gesamtverantwortung für eine Neuregelung, die den Ansprüchen eines gerechten und fairen Welthandels genügen und sowohl den Zuckerrohrbauern im Süden als auch den Rübenbauern im Norden ermöglichen, sozial- und umweltverträglich Nahrungsmittel und nachwachsende Rohstoffe zu produzieren.